

Mickrige Tarifabschlüsse trotz „Boom“

Die bisherigen Tarifierhöhungen für 2011 fallen trotz boomender Umsätze mäßig aus. Die abgeschlossenen Vereinbarungen sehen für die insgesamt 12,3 Millionen Beschäftigte durchschnittliche Einkommensverbesserungen von lediglich zwei Prozent vor. Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich zwei bis 2,5 Prozent wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr, wenn überhaupt, nur knapp eine tarifliche Reallohnsicherung erreicht.

Eigentlich sind die Voraussetzungen für offensive Tarifrunden aus Sicht der Gewerkschaften günstig. Doch verbesserte Rahmenbedingungen allein reichen offenbar nicht, um eine Trendwende in der Tarifpolitik herbeizuführen. Zwar liegt die Erhöhungsrates der 2011 in Kraft getretenen Abschlüsse nominal bei immerhin 2,9 Prozent, doch wegen der langen Laufzeiten von durchschnittlich 22,6 Monaten ist die jahresbezogene Steigerung deutlich niedriger. Für die 2011 unterschriebenen Verträge liegt sie bei 2,3 Prozent, für die zuvor geschlossenen Vereinbarungen, die in diesem Jahr wirksam werden, bei 1,8 Prozent. Insgesamt ergibt sich daraus die genannte Erhöhung von durchschnittlich zwei Prozent. Für die weitere Entwicklung werden insbesondere die im Frühjahr kommenden Jahres anstehenden Tarifauseinandersetzungen bei Bund und Kommunen sowie in der Metall- und Elektroindustrie entscheidend sein.

Positives Beispiel ist der erfolgreiche einwöchige Streik am Berliner Uniklinikum Charité, wo es gelang, sowohl hohe Festgeldbeträge durchzusetzen, Tarifmauern zu beseitigen und qualitative Verbesserungen durchzusetzen (siehe Artikel auf S. 2). Im Arbeitskampf im Einzelhandel konnte neben Einkommenserhöhungen eine bessere und einheitliche Urlaubsregelung durchgesetzt werden (siehe Artikel auf S.3). In der Druckindustrie ist es gelungen, die Angriffe auf die 35-Stundenwoche, die Helferlöhne und die Maschinenbesetzung abzuwehren (siehe Artikel auf S.4).

All diese Tarifauseinandersetzungen hatten eine gute Beteiligung und Dynamik.

Sekretariat der Gewerkschaftslinken

„Wo bleibt mein Aufschwung?“

Unter diesem Motto kamen am 9. und 10. Juli in Stuttgart rund 150 GewerkschafterInnen und AktivistInnen der Sozialprotestbewegung zusammen, um die Wirtschaftsentwicklung zu analysieren und über Perspektiven des Widerstands zu diskutieren. U.a. wurde der Stuttgarter Aufruf verabschiedet. Hier einige Auszüge:

Schluss mit der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung!

Die Krise ist nicht vorbei. Sie wird derzeit auf die Bevölkerung abgewälzt, aber sie wird dadurch nicht überwunden, sondern (im Gegenteil) verschärft reproduziert.

Der „deutsche Weg aus der Krise“, das „Krisenmanagement des Burgfriedens zum Nieder Konkurrieren anderer Volkswirtschaften“, löste die Probleme nur scheinbar und vorübergehend. Lohn- und Sozialdumping ermöglichen gewaltige Exportüberschüsse, aber sie führen zu massiven Kaufkraftverlusten. ...

Solidarität statt Burgfrieden

Reallöhne heben, Arbeitszeit senken, Tarifstandards verteidigen. Wir solidarisieren uns mit unseren KollegInnen, die sich in Irland und Großbritannien, in Spanien, Portugal, Frankreich Griechenland usw. gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren. Ihre Streiks und Massenaktionen sind uns Vorbild. Derzeit wird die griechische Bevölkerung mit einer unvorstellbaren (an Rassismus grenzenden) Hetzkampagne als Faulenzer und Schmarotzer abgestempelt. Dahinter stecken diejenigen, die von der griechischen Staatsverschuldung profitieren haben und profitieren, sie mit verursacht haben.

Der komplette Aufruf sowie weitere Infos zum Kongress unter:

www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/finanzkrise.html

**Einladung zur Tagung des bundesweiten Bündnisses
„Hände weg vom Streikrecht !**

Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“

**Samstag 10. September 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr
in Kassel, Arnold-Bode Str. 8, Raum 0113/0114**



**Weitere Infos unter:
www.labournet.de
=> Tarifeinheit**

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –

Christa Hourani – Christiaan

Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 26. Juli 2011

„300 Jahre – 300 Euro“

Erfolgreicher Streik am Berliner Uniklinikum Charité macht Mut

Ver.di hat am Berliner Uniklinikum Charité einen sehr erfolgreichen Streik durchgeführt. In der ersten Mai-Woche legten täglich mehr als 2000 Beschäftigte an Europas größtem Uniklinikum die Arbeit nieder, um für eine Angleichung an den Flächentarif zu demonstrieren. Um rund elf Prozent lag das Entgeltniveau in der Pflege zuvor unterhalb des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVÖD). Mit dem erstreikten Tarifvertrag wird diese Lücke in den kommenden Jahren geschlossen. Zudem wird – erstmals überhaupt – die Benachteiligung ostdeutscher Kollegen beendet.

„300 Jahre – 300 Euro!“ Zum 300. Jubiläum der Charité ging ver.di nicht mit der sonst üblichen Zurückhaltung, sondern mit einer Festgeldforderung von 300 Euro in den Konflikt. Gleichfalls offensiv war die gewählte Strategie: Nicht nur einzelne Funktionsbereiche, sondern die gesamte Belegschaft wurde zum Ausstand aufgerufen. Mit einer restriktiven Notdienstvereinbarung wurde die Geschäftsleitung zur Schließung von Betten und ganzer Stationen nach einer bestimmten Ankündigungsfrist verpflichtet. Die Folge: 90 Prozent der Operationen mussten abgesagt, 1500 der 3200 Betten stillgelegt werden. Zugleich wurde die Dynamik im Pflegebereich dazu genutzt, bei der teilprivatisierten Servicetochter Charité Facility Management (CFM) endlich den Kampf für die Beendigung des seit der Ausgliederung Ende 2005 bestehenden tariflosen Zustands aufzunehmen. Im Ergebnis konnte die zuvor stets verweigerte Aufnahme von Verhandlungen erzwungen werden, die zu Redaktionsschluss andauern.

Tarifmauer zwischen Ost und West beseitigt

Bei der Charité selbst wurde ein Ergebnis erreicht, das deutliche Verbesserungen, aber auch einige Schwachpunkte enthält. Vor allem die lange Laufzeit bis Ende 2016 ist Gewerkschaftsaktivisten ein Dorn im Auge, auch wenn die bis dahin geltende Friedenspflicht womöglich durch „Partizipationsstreiks“ im Rahmen der TVÖD-Tariffrunden umgangen werden kann. Materiell kann sich das Resultat sehen lassen: In diesem Jahr gibt es 150, ab Juli 2011 nochmals 50 Euro monatlich mehr. Ab 2013 werden die Gehälter mit prozentualen Erhöhungen sukzessive an das Bundesniveau angeglichen – bis Ende 2014 in den unteren, zwei Jahre später in den oberen Entgeltgruppen. Wegen der langen Streckung haben linke Gewerkschafter die Vereinbarung öffentlich abgelehnt. Bei der Urabstimmung

sprach sich jedoch eine klare Dreiviertelmehrheit für den Abschluss aus.

Insgesamt ist das Erreichte dennoch beachtlich – vor allem vor dem Hintergrund des niedrigen Organisationsgrads von rund zwölf Prozent und der geringen Zahl von Aktiven zu Beginn des Streiks. Im Verlauf der Auseinandersetzung traten Hunderte ver.di bei, viele wurden selbst aktiv. Nach 21 Jahren wird mit der Vereinbarung die „Tarifmauer“ zwischen Ost und West – die Benachteiligung der aus dem Ostteil stammenden Kollegen bei Kündigungsschutz und Jahressonderzahlung – endlich vollends beseitigt. Dieses Ziel sollte sich ver.di nun auch für die anderen ostdeutschen Betriebe konkret vornehmen. Innovativ ist insbesondere eine Vertragsklausel, die eine Freistellung von Mitgliedern des ver.di-Betriebsgruppenvorstands von bis zu acht Tagen pro Jahr ermöglicht. Damit wurde im Rahmen einer Lohnauseinandersetzung auch eine Verbesserung der Ausgangsbedingungen für gewerkschaftliche Arbeit und künftige Konflikte erreicht.

Fazit

Der Streik an der Charité hat gezeigt, dass auch in Krankenhäusern – inklusive der stationären Bereiche – offensive Tarifbewegungen möglich sind. Mit der Kampagne „Der Druck muss raus“ plant ver.di, die Verbesserung der unerträglichen Arbeitsbedingungen bundesweit und trägerübergreifend zum Tarifthema zu machen. Der erfolgreiche Kampf an der Charité kann anderen Belegschaften hierfür Mut machen und sollte möglichst breit bekannt gemacht werden.

Daniel Behruzi, Journalist / **Carsten Becker**, Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité

KBA Frankenthal:

Streik nach sechs Wochen beendet. Viele Fragen bleiben!

Ein Grund zum Jubeln ist der Abschluss nicht. Eine gesicherte Zukunft sieht anders aus, für den Betrieb und für die einzelnen Beschäftigten. Den 90 Kolleg/Innen, die gekündigt werden, droht der soziale Absturz. Daran ändern auch die 2-jährige Transfergesellschafts-Galgenfrist und die (hohen?) Abfindungen nichts.



Völlig unklar ist, was dahinter steckt, wenn auch die IGM sich verpflichtete „nachhaltige Standortperspektiven zu entwickeln, um Arbeitsplätze zu sichern“ und wie sie das machen will.

Die fünfjährige Standort-„Garantie“ des Konzerns garantiert nicht annähernd Zukunft, Qualität und Größe des Betriebes. „Personalstärke entsprechend der Auslastung“ ist vereinbart.

Das vom Konzern zugesagte Auftragsvolumen von 200.000 Stunden, reicht aber nur für die Auslastung eines (kleinen) Teils der (jetzt zunächst verbleibenden) Rest-Belegschaft. Und es soll nach 2 Jahren weiter abgesenkt werden. Bei kaum veränderbaren Fixkosten droht dem Betrieb strukturelle Unrentabilität durch das Ausbluten. Der für 2 Jahre vereinbarte Ausschluss weiterer betriebsbedingter Kündigungen, wird auf die Formulierung

„weitestgehend“ relativiert. Die Montage der Falzapparate wird nach Würzburg verlagert. Der Betrieb wird in 2 GmbH's zerlegt.

Viele Kolleg/Innen befürchten ein „Sterben auf Raten“. Nicht ohne Grund! Entsprechend war das Urabstimmungsergebnis. Nur 61% stimmten für Annahme. Zu Beginn dieser Sozialtarifrunde hatten 95% für Streik gestimmt.

Trotz des bescheidenen Ergebnisses, der Streik war ein richtiges und wichtiges Signal!

„KBA ist aus der Krise“, das war die Botschaft der diesjährigen Aktionärsversammlung. „Nach einem Überschuss von 12,5 Millionen Euro in 2010, stiegen die Erlöse in den ersten 5 Monaten 2011 nochmals um 27%“. Aber „konzernweit müssen 700 Stellen gestrichen werden!“ Solch menschenverachtender Konzernlogik muss, immer und überall, Widerstand entgegenschlagen. Aus vielen Beispielen muss die Kraft wachsen, die diese Logik bricht. Damit haben die Frankenthaler Kolleg/Innen in bewundernswerter Solidarität und Entschlossenheit begonnen, mit Unterstützung der IGM.

Dass das Ergebnis des Kampfes weit hinter den Zielen zurückbleibt, ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass es in der Druckmaschinen-Industrie tatsächlich immense Überkapazitäten gibt. Möglicherweise wäre auch nach weiteren sechs Streikwochen nichts Anderes herausgekommen. Möglicherweise ist so ein Kampf an einem einzelnen Standort gar nicht zu gewinnen, vielleicht noch nicht einmal gegen einen einzelnen Konzern.

Dass dieser Kampf nicht wirklich gewonnen wurde, kann man der IGM also möglicherweise gar nicht vorwerfen. Vielmehr wäre über folgende Fragen ernsthaft nachzudenken:

Überkapazitäten abbauen muss nicht heißen, Stellen zu streichen

Eine Möglichkeit wäre z.B. Entstressung der Arbeit und Arbeitszeitverkürzung. Gerade im Druckmaschinenbereich hätte die IGM da große Gestaltungsmöglichkeiten.

Alle großen Konzerne der Branche (Heidelberger Druckmaschinen, manroland und KBA), haben ihren Sitz in Süddeutschland, also in einer vergleichbaren sozialen/tariflichen Umgebung. All diese Betriebe sind Hightech-Betriebe. Sie unterlägen also keiner unmittelbaren Gefahr durch ausländische Dumpingkonkurrenz, würden die Lohnstückkosten steigen. Einheitliche Verbesserungen würden noch nicht einmal die Wettbewerbsbedingungen zwischen ihnen verzerren! Und ...sie sind alle Hochburgen der IGM. Jedoch, statt solidarischem Miteinander, hört man seit Jahren von „kostensenkenden Entgegenkommen“ durch betriebliche „Interessenvertretungen“, in gegenseitiger Standortkonkurrenz (und das zumindest toleriert durch die IGM). Konkurrenz der Belegschaften gegeneinander war nie richtig. Der gewerkschaftliche Grundgedanke, eben die Unterbindung solcher Konkurrenz, ist heute wichtiger denn je. Die Probleme müssen gesamtpolitisch gelöst werden. Solidarisch, im Kampf gegen die Profitlogik des Kapitals.

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Tarifrunde Einzelhandel beendet Wichtige Forderungen und verdi-Absichten unberücksichtigt!

Am 10.Juni 2011 konnte verdi für die 220.000 Beschäftigten im Einzel- und Versandhandel von Baden-Württemberg den ersten Tarifabschluss auf Landesebene durchsetzen. Dieser Abschluss hatte die erwartete "Signalwirkung" für die anderen Tarifbereiche. Ziemlich identisch sind die inzwischen erfolgten, weiteren Abschlüsse. Bundesweit arbeiten im Einzelhandel ca 2,9 Millionen Beschäftigte. Je nach Teilbranche - Kaufhäuser, SB-Warenhäuser, Lebensmittelfilialbetriebe, Discounter - sind dies zu 70 bis 90% Frauen.

Das Tarifergebnis in Baden Württemberg

- Nach den zwei Nullmonaten April und Mai Erhöhung der Gehälter und Löhne ab 1.Juni 2011 um 3%, sowie um weitere 2 % ab 1.Juni 2012. Im April 2012 gibt es eine Einmalzahlung von 50 Euro. Der Mai 2012 bleibt ohne Erhöhung.
- Die Auszubildenden erhalten die 3% und 2% jeweils ab 1.August. Die Einmalzahlung beträgt für sie 25 Euro.
- Ab 2012 erhalten auch die unter 30-Jährigen 36 Werktage(= 6 Wochen) Urlaub. Bisher erhielten sie je nach Alter 2-4 Tage weniger Urlaub als die über 30-Jährigen.

Hohe Akzeptanz nach heftigen Streiks

Dieser Tarifabschluss wurde nach bundesweit zahlreichen Verhandlungstagen und vor allem nach - regional unterschiedlich - heftigen Streiks vereinbart. So waren Belegschaften in Stuttgart, Mannheim und Heidelberg mehr als drei Wochen kontinuierlich im aktiven Arbeitskampf, d.h. täglich demonstrativ vor den Kaufhäusern und Läden sowie mit Demonstrationen in den Stadtzentren und Fußgängerzonen. Motivierend wirkten hier neben den niedrigen Angeboten der Arbeitgeber und den positiven Umsatz- und Gewinnzahlen der Handelsriesen wie Kaufhof, real, H&M, Zara, Ikea, Rewe vor allem auch neue Kampfformen. So trafen sich am 8.Juni in Mannheim ca 1.000 Streikende aus Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Karlsruhe sowie in Stuttgart 1.000 Streikende aus dem schwäbischen Landesteil. Bei der dann letzten

Verhandlung am 9.Juni kamen über 1.000 Streikende mit Bussen aus ganz Baden-Württemberg zum Verhandlungsort in der Nähe von Stuttgart. Ihre anhaltende Streikbereitschaft führten sie lautstark den Arbeitgebern vor. "Unter 3% gibt es keine Zustimmung zu einem Abschluss!", war die überwiegende Meinung. Als dies in etwa für 2011 erreicht war, waren die Erleichterung und die Zustimmung groß. Die artikulierte Skepsis über die 2%-Erhöhung in 2012 ist deutlich. Sie verhinderte aber z.B. nicht die einhellige Zustimmung der lange und ausdauernd Streikenden in Mannheim/Heidelberg. Es war keine Bescheidenheit, die das „Ja“ zum Tarifergebnis begründet. Vielmehr war zu vernehmen, dass angesichts der regional sehr unterschiedlichen, oft sogar fehlenden Kampfkraft die eigene, regionale Kraft für ein deutliches Mehr nicht ausreicht. Überhaupt war verdi Baden-Württemberg neben Bayern erneut das Bundesland mit der stärksten Kampfkraft. Die Dauer und Heftigkeit dieser Streiks hatten bundesweite Ausstrahlung.

Trotz überwiegender Akzeptanz auch deutliche Kritik am Abschluss

In BaWü, aber nicht nur hier, kam es vor allem im Raume Stuttgart bei jüngeren Streikenden zu deutlicher Kritik. Die Erhöhungen in 2011 und 2012 waren den Kritikern zu wenig. Die Nullmonate reduzieren das Volumen der prozentualen Erhöhung. Die Einmalzahlung von 50 Euro für den April 2012 zeigt das nicht auf. Die Gewinne wichtiger

Handelsketten in den letzten Jahren waren trotz zahlreicher Krisenerscheinungen enorm. Rigoroser Personalabbau erhöhte die Profite und verstärkte den Arbeitsdruck im Verkauf und den Lägern. Diese erneute "Umverteilung" konnte verdi auch in dieser Tarifrunde im Handel nicht brechen. Für die KritikerInnen spricht auch die selten veröffentlichte Preissteigerungsrate für Menschen mit einem monatlichen Einkommen unter 1.500 Euro. Angesichts der notwendigen Konsumausgaben liegt diese Inflationsrate ca 2% über der veröffentlichten. Letztere gilt für einen 4-Personenhaushalt mit durchschnittlichem Einkommen. Im Einzelhandel müssen viele Menschen, insbesondere alleinerziehende Frauen mit weniger als 1.500 Euro im Monat auskommen. Minijobs und Teilzeitarbeit verstärken die in Folge der sowieso niedrigen Tarifgehälter vorhandene und sich weiter ausbreitende Armut.

Kein ausreichender Trost für die KritikerInnen dürfte die erneut gemachte Erfahrung sein, dass verdi im Einzelhandel offenbar - immer noch - nicht in der Lage ist, eine über die einzelnen Landesbezirke hinausgehende Arbeitskampfstrategie zu entwickeln. Viele der Diskussionen über neue und alternative Arbeitskampfstrategien wie befristete Boykotts, Flashmob-Aktionen, Dienst nach Vorschrift blieben erneut ohne für die Handelsherren deutlich erfahrbaren Niederschlag. Es geht dabei nicht nur um die seit Jahren unterschiedlich entwickelte Streikfähigkeit. Auf den bekannten unterschiedlichen Stärken und Schwächen lässt sich mehr an Gemeinsamkeit und damit mehr Druck entwickeln! Auch gemeinsam mit anderen Fachbereichen in verdi. Auch mit Gruppen aus den sozialen Bewegungen.

Anton Kobel, Gewerkschaftssekretär (verdi/HBV) i.R.

Druckerstreik: Manteltarifvertrag erfolgreich verteidigt

Der Einbruch bei der 35-Stundenwoche, beim Facharbeiterschutz, bei der Maschinenbesetzung und den Helferlöhnen konnte durch gemeinsame Streiks der Verlage und Druckindustrie erfolgreich verteidigt werden! Aber: Der Erhalt des Manteltarifvertrages für die rund 160.000 Drucker wurde erkauf durch Einkommensverzicht.

Mit massiven und langen Warnstreiks Errungenschaften erhalten

Nach massiven und langen Warnstreiks der Beschäftigten aus der Druckindustrie und aus den Zeitungsverlagen wurde in der 6. Verhandlungsrunde Anfang Juni ein Ergebnis erzielt: Der Manteltarifvertrag wurde in seiner bisherigen Form für alle Druckbetriebe (Zeitungsverlags- und Akzidenzdruckereien) für die kommenden drei Jahre (bis 31.03.2014) verteidigt und erhalten. Der Arbeitgeberverband wollte die 35-Stundenwoche knacken, die in den 80er Jahren in der Druckindustrie als eine der wenigen Branchen durchgesetzt worden war. Auf bis zu 40 Stunden sollte die Arbeitswoche unbezahlt ausgedehnt werden, was einen Lohnverlust von mehr als 14 % bedeutet hätte.

Das weitere zentrale Ziel der Druckunternehmer, die Einführung einer um bis zu 15 % abgesenkten Lohntabelle für Helfertätigkeiten bei Neueingestellten, konnte ebenso verhindert werden. Die Folge wäre eine Lohnsenkung auf breiter Front gewesen. Auch die außergewöhnliche Regelung, wie viele Beschäftigte mindestens an einer Druckmaschine stehen müssen, konnte erhalten werden.

Vor dem Hintergrund dessen, was der Unternehmerverband (bvdv) aufgrund des in der Druckindustrie herrschenden Verdrängungswettbewerbs durchsetzen wollte, ist dies ein großer Erfolg. Dieser ist allein den gemeinsamen massiven Streiks der letzten Wochen von Beschäftigten aus der Druckindustrie, der Redakteure/innen und Verlagsangestellten, die von verdi zu gemeinsamen Warnstreiks aufgerufen wurden, zu verdanken - über 10.000 Beschäftigte aus 120 Druckbetrieben und mehrere Tausend Redakteure/innen und Verlagsangestellte aus mehr als 50 Zeitungsverlagen haben in den letzten Wochen oft mehrere Tage hintereinander gestreikt. Dieses Vorgehen zeigt: gemeinsames Handeln kann die Angriffe der Unternehmer erfolgreich zurückschlagen, darauf können die Belegschaften, die gestreikt haben, auch stolz sein.

Aber: Erhalt des Manteltarifvertrages teuer erkauf
Dennoch hat der Abschluss einen bitteren Beigeschmack: Mitten in der Hochkonjunktur konnte in einer gewerkschaftlich vergleichsweise gut organisierten Branche das Realeinkommen nicht verteidigt werden. Tabellenwirksam sind gerade mal 2 Prozent für 2011 bis 2013 - dies liegt weit weg von der ursprünglichen 5,5 %-Forderung. Wegen der extrem langen Laufzeit von 33 Monaten beläuft sich die

Erhöhung der Tabelle auf's Jahr gerechnet auf weniger als ein dreiviertel Prozent. Diese lange Laufzeit und dass es nicht nur für 2011, sondern auch für 2013 lediglich eine Einmalzahlung gibt, ist für die Beschäftigten besonders bitter und bedeutet einen Reallohnverlust von rund 4 % bis 2013. Auch wenn die Druckunternehmer die grundsätzliche Wende gegen die - insbesondere in der Druckindustrie - kampfstarken Belegschaften nicht durchsetzen konnten, für die nächsten 3 Jahre haben sie erstmal Planungssicherheit und müssen nicht mit Streiks rechnen. Der Gehaltstarifvertrag hat Kosteneinsparungen für die Druckunternehmer möglich gemacht - insbesondere weil auch für Leiharbeiter/innen, die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht durchgesetzt werden konnte.



Ausweg aus der Defensive?

Gibt es für die Gewerkschaften einen Ausweg aus dieser Situation, in der es nur noch um den Erhalt von ehemals erkämpften Errungenschaften geht, um die Begrenzung von Verschlechterungen?

Gemeinsame Kämpfe sind entscheidend. Ansatzweise hat es dieses Mal immerhin gemeinsame Aktionen von Druckern, Redakteuren und Verlagsangestellten gegeben. Das ist nach fast drei Jahrzehnten historisch zu nennen. Zuletzt hatten Redakteure und Drucker während des Konflikts um die 35-Stundenwoche in den 80er Jahren gemeinsam gestreikt. Diese gemeinsame Erfahrung sollte, auch mit Blick auf künftige Tarifeinsetzungen, nicht wieder in Vergessenheit geraten, sondern ausgebaut werden. Dieses Jahr hätte die Chance bestanden, gemeinsam mit anderen im Tarifikampf befindlichen Branchen wie z.B. Einzel- und Großhandel und Versicherungen (allesamt in verdi organisiert) zu streiken. Das hätte den Druck verstärkt. Sinnvoll wäre auch gewesen, dem Angriff auf die 35-Stundenwoche mit einer gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kampagne für weitere Arbeitszeitverkürzungen zu begegnen.